

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. März 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 379 Anfrage Gerber Fritz und Mit. über die Vernehmlassung zur Überprüfung der Verordnung über den Gebührenbezug der Gemeinden / Finanzdepartement

Die Anfrage A 379 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 111 zu 0 Stimmen zu.

Die Anfrage A 379 sowie die Anfrage A 385 von Franz Räber über die Änderung der Verordnung über den Gebührenbezug der Gemeinden werden als Paket behandelt. Fritz Gerber ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Franz Räber ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Fritz Gerber: Mit der ausführlichen Antwort der Regierung wurde bereits einiges geklärt und auch bewirkt. Ich weiss es sehr zu schätzen, dass die Regierung die Parteien doch noch zur Vernehmlassung einlädt und die Vernehmlassungsfrist entsprechend verlängert wird. Die SVP hat bereits einen Entwurf ihrer Vernehmlassungsantwort verfasst. Hingegen ist es bezeichnend, dass die Bevölkerung und die Privatwirtschaft nicht zur Vernehmlassung eingeladen wurden. Es macht etwas den Eindruck, als wollte man nur diejenigen fragen, welche die Rechnungen stellen aber nicht diejenigen, welche die Rechnungen bezahlen müssen. Das ist doch speziell. Die SVP-Fraktion steht nach wie vor zum Verursacherprinzip. Die Gebühren sind gerechtfertigt und es ist richtig, diese mit 5,4 Prozent der Teuerung anzupassen. Aber nicht so, wie dies teilweise vorgeschlagen wird und zum Teil mit Erhöhungen von bis zu 14 Prozent. In der Vernehmlassung werden wir uns entsprechend dazu äussern. Etwas möchte ich aber doch noch festhalten: Die Verwaltung verspricht ja, laufend effizienter und effektiver zu werden. Wenn aber die Verwaltung praktisch eine dreifache Erhöhung der Teuerung vornehmen muss, dann läuft doch etwas nicht richtig. In der Privatwirtschaft ist so etwas nicht denkbar, ausser wenn jemand eine Monopolstellung hat. Die viel gelobte Digitalisierung und die seit Jahren gemachte Zusicherung, dass die öffentliche Verwaltung dank der dringend notwendigen und sehr teuren Informatiksysteme immer leistungsfähiger und besser wird, sollte langsam positive Auswirkungen zeigen. Folgerichtig sollten die Leistungen der Verwaltung für die Bürgerschaft maximal um die Teuerung zunehmen. Wenn dem nicht so ist, müsste man sich fragen, was die Beweggründe für die laufende Spezialisierung und Professionalisierung der öffentlichen Verwaltung sind und was die zugesicherten Versprechungen bringen. Nun warten wir aber zuerst die Vernehmlassung ab und schauen danach, wie wir weiterfahren wollen. Wir hoffen doch, dass

die Verwaltung sich in dieser Hinsicht ein Vorbild an der Privatwirtschaft nimmt. Schliesslich geht es um Geld, das die Bürgerinnen und Bürger bezahlen müssen. Die Privatwirtschaft zeigt, wie es gehen kann, denn sonst wäre es gar nicht möglich, dass sie so viele Steuern bezahlt werden, um den ganzen Betrieb für die Öffentlichkeit zu ermöglichen und am Laufen zu halten.

Franz Räber: Ich danke der Regierung für ihr Eingeständnis zur Verlängerung der Vernehmlassungsfrist, damit auch die Kunden, also unsere Wählerinnen und Wähler, sich zu den Gebühren äussern können. Ich habe auf meine Anfrage erstaunlich viele Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten. Ein Luzerner Bürger liess mir dabei folgende Rückmeldung zur geplanten Verrechnung nach zeitlichem Aufwand zukommen: «Eine zeitliche Abrechnung in der Privatwirtschaft ist heute sehr oft die Regel. Aber in der Verwaltung nach Zeit abzurechnen kann ich mir nicht vorstellen, da sich ja dann die Verwaltung noch viel mehr Zeit nehmen könnte.» Ich habe zum Glück viel mehr Vertrauen in die Verwaltung. Trotzdem glaube ich, dass es sich bei der Meinung dieses Bürgers nicht um einen Einzelfall handelt. Ich bitte an dieser Stelle alle hier Anwesenden, die in einer kommunalen oder kantonalen Verwaltung Verantwortung übernehmen, diese Meinung in ihren Gremien entsprechend zu platzieren. Ich persönlich freue mich aber auch darauf, dass unser Rat nach der Einführung einer solchen Gebührenanpassung hoffentlich auch sehr viele Rückmeldungen erhält, dass die Gebühren durch zusätzlich optimierte und digitalisierte Abläufe eine kürzere Behandlungszeit zur Folge haben. In diesem Fall müssten nämlich unsere Wählerinnen und Wähler in Zukunft weniger bezahlen. Die FDP wird ihre Meinung anlässlich der Vernehmlassung detailliert äussern.

Simone Brunner: Aus demokratiepolitischer Sicht begrüssen wir es ebenfalls, dass die Vernehmlassungsfrist verlängert wird und die die Parteien und weitere Gruppierungen aus der Bevölkerung Stellung dazu nehmen können. Die SP wird sich im Detail zur Vernehmlassung äussern. Die Reallöhne vieler Arbeitnehmenden wurden in den letzten zehn Jahren nicht der tatsächlichen Teuerung angepasst. Entsprechend stellen wir die Frage in den Raum, ob die geplante Erhöhung der Gebühren tatsächlich gerechtfertigt ist oder ob diese etwas tiefer ausfallen sollte. Dem Systemwechsel von der Pauschale hin zur effektiven Abrechnung stehen wir eher kritisch gegenüber. In der Pauschale sehen wir den Vorteil, dass die entstehenden Kosten für die Bürgerinnen und Bürger vorhersehbar sind. Auch die entsprechende interne Abrechnung scheint uns so einfacher zu sein. Die Unterstellung von Franz Räber ist haltlos, dass die Verwaltung noch mehr Zeit aufwenden würde, wenn nach Zeit abgerechnet wird. Ich erlebe die Verwaltung als sehr engagiert, in der viel und effizient gearbeitet wird, auch wenn das von bürgerlicher Seite anders gesehen wird. Ich finde, dass man mit solchen Äusserungen vorsichtig sein sollte.

Eliane Gruber: Wie sagt man so schön? Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung. Die Mitte-Fraktion begrüsst es, dass nicht nur die betroffenen Institutionen, welche die Gebühren erheben, sondern auch die Parteien als Vertretende der Gebührennehmerinnen und -nehmer Stellung zu diesen Anpassungen nehmen können. Wir hoffen, dass es in Zukunft nicht nochmals nötig sein wird, mittels einer dringlichen Anfrage auf ein solches Versäumnis aufmerksam machen zu müssen. Die Gebühren müssen anhand der Grundsätze der Rechtsgleichheit und der Äquivalenz bemessen werden und kostendeckend sein. Das ist gesetzlich auch so verankert. Mit der Verrechnung der effektiven Zeitaufwände schaffen die Gemeinden und Behörden Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Die Anpassung der Stundenansätze wird gerade infolge des aktuellen Fachkräftemangels und den daraus resultierenden höheren Lohnkosten als angemessen erachtet. Aus der Praxis kann ich sagen, dass den Verwaltungen sehr wohl bewusst ist, was Gebühren auslösen. Deshalb

wird darauf geachtet, dass keine übermässigen Gebühren erhoben werden. Wenn die Gebühren nicht kostendeckend sind, muss die allgemeine Staatskasse für diese Mehraufwände aufkommen, was nicht den bestehenden Gesetzen entspricht. Falls man das ändern möchte, müsste eine andere politische Diskussion geführt werden.

Laura Spring: Im Gegensatz zur SVP haben wir Grüne noch keine Vernehmlassungsantwort verfasst. Wir müssen uns zuerst noch vertieft mit diesem Thema auseinandersetzen. Unserer Meinung nach sind die Folgen nicht absehbar. Es wurde aber bereits seit längerer Zeit angestrebt, von der Pauschale weg zu kommen und den effektiven Aufwand zu verrechnen. Es ist klar, dass die Auswirkungen je nach Fall verschieden sein werden. Es ist aber sicher zeitgemäß, diese Art der Verrechnung zu prüfen und weiterzuentwickeln. Ich kann mich den Ausführungen von Eliane Gruber anschliessen, dass es am Schluss kostendeckend sein muss. Bei der Ausfertigung von Schriftstücken werden pro Seite stolze 32 Franken verrechnet. Ich bin nicht sicher, ob bei einem grösseren Schriftstück die Abrechnung mittels Stundenansatz doch günstiger wäre. Es ist wichtig, dass diese Fragen anlässlich der Vernehmlassung sauber geklärt werden, auch zusammen mit den Gemeinden. Es ist aber gut, dass die Parteien Stellung nehmen können. Es ist wichtig von den Gemeinden zu erfahren, welche Auswirkungen diese Änderungen in der Praxis haben.

Franz Räber: Zum Votum von Simone Brunner: Ich habe nicht gesagt, dass die Verwaltung mehr Zeit aufwenden würde, sondern nur die Aussage eines Bürgers zitiert. Die FDP hört auf die Stimmbürger. Meine Meinung ist aber wie bereits erklärt anders.

Heidi Scherer: Es ist wichtig und richtig, dass die politischen Parteien in die Vernehmlassung eingebunden werden. Vielleicht kann mir der Regierungsrat aber erklären, weshalb die drei Landeskirchen zu dieser Vernehmlassung eingeladen wurden.

Maria Pilotto: Ich habe die Aussagen von Franz Räber und Fritz Gerber in dem Sinn verstanden, dass die Verwaltungsangestellten «ihr Zeugs machen». Eliane Gruber hat erklärt, dass die Parteien die Vertretung der Gebührenzahlerinnen und -zahler sind. Wir alle sind aber auch die Vertretung der Kantonsangestellten. Ich bitte Sie, die Arbeit des Verwaltungspersonals auch gegen aussen zu vertreten und nicht das Bild im Raum stehen zu lassen, dass sich die Mitarbeitenden mehr Zeit nehmen würden für ihre Arbeit. Fast so nach dem Motto: Was haben Sie denn gegen Beamte, die tun doch gar nichts? Bitte berücksichtigen Sie das bei Ihren Stellungnahmen ebenfalls.

Urs Brücker: Die GLP-Fraktion ist ebenfalls erfreut darüber, dass die Vernehmlassungsfrist verlängert wurde. Ein Hinweis zu Frage 4 von Franz Räber. Er sagt, dass die schriftlichen Auskünfte eigentlich nichts kosten dürften, weil ja alle Steuern bezahlen. Ich selbst war lange Zeit Gemeindepräsident und weiss deshalb, dass einzelne Personen immer wieder schriftliche Auskünfte verlangen. Wenn für solche Anfragen nichts verrechnet würde, müssten wahrscheinlich die Steuern erhöht werden.

Sibylle Boos-Braun: Ich möchte eine Lanze für die Gemeindeverwaltungen brechen. Die Anpassung der Gebühren ist wichtig, damit wir wieder vermehrt das Verursacherprinzip anwenden können. Das war in der letzten Zeit nicht mehr der Fall, da ein immer geringerer Teil verrechnet werden konnte. Die Fälle werden komplexer, aber die Gebühren sind nicht gestiegen. Entsprechend ist die Allgemeinheit für einen Teil dieser Aufwendungen aufgekommen. Zudem überprüfen und optimieren auch die Gemeindeverwaltungen laufend ihre Abläufe. Dank der Digitalisierung sind zum Teil auch Gebührensenkungen geplant. Die Gesamtkosten werden durch die Gebührenanpassungen nicht kleiner. Wir verändern lediglich den Kostenverteiler. Es geht also darum, wie viel derjenige bezahlt, der die Aufwendungen verursacht und wie viel alle Bewohnenden der Gemeinde für die Restkosten bezahlen. Es ist richtig, dass wir wieder vermehrt Richtung Verursacherprinzip gehen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich möchte etwas Grundsätzliches zu den Vernehmlassungen sagen: Die Vernehmlassungen werden jeweils auf der kantonalen Webseite aufgeschaltet. Deshalb können sich alle dazu äussern, auch Unternehmen und die Bevölkerung. Wir können leider nicht alle persönlich anschreiben, aber alle haben die Möglichkeit, sich zu äussern. Selbstverständlich erhalten wir bei den verschiedenen Vernehmlassungen auch immer wieder Stellungnahmen von Einzelpersonen. Diese Stellungnahmen werden ebenfalls angeschaut und entsprechend gewichtet. Die Landeskirchen sind ebenfalls von den Gebühren betroffen und wurden deshalb auch zur Vernehmlassung eingeladen. Der Spielraum ist relativ bescheiden. Wir müssen das Äquivalenzprinzip erreichen und die Gebühren sollen die Kosten decken. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man das erreichen möchte. Man kann es pauschal oder nach Zeittarif tun. Ich bin nicht sicher, ob der Zeittarif immer die schlechtere Variante ist. Für einfache Anliegen gibt es auch relativ einfache und deshalb kostengünstige Lösungen. Das Verständnis ist auch nicht immer sehr gross, wenn für eine einfache Anfrage eine Pauschale verrechnet wird. Deshalb können durchaus beide Haltungen vertreten werden. Wir verlängern die Frist sehr gerne und sind auf die Stellungnahmen gespannt. Der gesetzliche Rahmen ist aber gegeben, dass die Kosten durch die Gebühren gedeckt werden müssen. In erster Linie werden wir uns daran halten müssen.